

Constantinos Simitis

Από:

Αποστολή: Σάββατο, 16 Ιουλίου 2011 5:18 μμ

Προς:

Θέμα: Europa

Hello

Die Welt veröffentlicht heute ein schönes Interview zur Schuldenkrise:

<http://www.welt.de/wirtschaft/article13489765/Das-Problem-in-Griechenland-heisst-Angela-Merkel.html>

Aber wenn ich die Kommentare als Volkes Stimme lese, gruselt es mir.

Any Comment?

Gruß

Stefan Collignon

Ευραζία

307

Please access the attached hyperlink for an important electronic communications disclaimer: <http://lse.ac.uk/emailDisclaimer>

_____ Information from ESET Smart Security, version of virus signature database 6302 (20110717) _____

The message was checked by ESET Smart Security.

<http://www.eset.com>

WELT

Euro-Krise

Autor: Florian Hassel | 16.07.2011

"Das Problem in Griechenland heißt Angela Merkel"

Wenn der Euro scheitert, würde die Europäische Union zerbrechen, sagt Stefan Collignon. Der EU-Berater warnt: "Europa ist heute in einer Situation wie 1913."

Er lebte und lehrte in Berlin, London und Paris, unter Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) bereitete er die Einführung des Euro mit vor. Heute lehrt der Ökonom Stefan Collignon in Pisa und berät die EU-Kommission und das Europäische Parlament in Währungsfragen. Im Gespräch mit "Welt Online" analysiert er die Krisen in Italien und Griechenland – und hält ein Plädoyer für mehr Europa.

Foto: REUTERS Angela Merkel Ende März in Brüssel. Für kommenden Donnerstag ist nun ein Sondergipfel zur Euro-Krise anberaumt

Welt Online: Herr Collignon, die Eurokrise hat in der vergangenen Woche Italien erreicht. Hat Sie das überrascht?

Ökonom Stefan Collignon

Stefan Collignon: Nein. Was in Italien passiert, war Folge der angeschlagenen politischen Stellung von Regierungschef Silvio Berlusconi. Er hat immer gern geschmiert. Jetzt versuchte er die Wähler zu bestechen, indem er Finanzminister Giulio Tremontis Sanierungsplan untergrub und statt für höhere plötzlich wieder für niedrigere Steuern eintrat. Daraufhin haben die Finanzmärkte Rot gesehen.

Welt Online: Nach dem Anschwellen der italienischen Zinsen setzt Italien das Sparpaket nun offenbar doch um.

Collignon: Das ist zweifellos ein positives Zeichen. Es gibt auch andere Unterschiede, etwa im Vergleich zu Griechenland. Dort ist die Politik zerstritten, in Italien unterstützt die Opposition die Sanierung der Staatsfinanzen.

Anzeige

Welt Online: Was folgt als nächster Schritt?

Collignon: Italien kehrt zur wesentlichen Frage zurück: Wie bauen wir eine Regierung ohne Berlusconi?

Welt Online: Warum ist das aus wirtschaftlicher Sicht so wichtig?

Collignon: Italien hat nicht nur vergleichsweise hohe Schulden, sondern auch viele strukturelle Probleme, zurückgehende Produktivität und Konkurrenzfähigkeit, und deshalb schwaches Wirtschaftswachstum. Die Probleme können nur mit einer klaren industriellen Strategie gelöst werden.

Berlusconi hat dafür weder das Interesse noch die Fantasie. Das sehen auch viele in Italiens Wirtschaft so. Der frühere linke Premierminister Massimo D'Alema hat eine Regierung der nationalen Einheit vorgeschlagen, vielleicht mit dem ehemaligen EU-Kommissar Mario Monti als Premier.

Italien ist nach Griechenland das neue Sorgenkind der Euro-Länder.

Welt Online: Italien hat kurzfristig auch die Krise in Griechenland verdeckt.

Collignon: Das Problem in Griechenland heißt, zugespitzt ausgedrückt, Bundeskanzlerin Angela Merkel. Niemand beschönigt, dass die Griechen schlecht gewirtschaftet, bei Zahlen manipuliert haben und jetzt viel tun müssen. Aber wir hängen beim Euro alle voneinander ab. Die Griechen

hätten vor gut einem Jahr echte Hilfe benötigt und nicht die von Merkel aus politischen Gründen durchgesetzte Strafaktion und das ewige Hin und Her, das immer zu kurz greift.

Welt Online: Aber Athen bekommt allein von Deutschland Dutzende Milliarden Euro Kredite...

Collignon: ...aber zu viel zu hohen Zinsen und begleitet von einem desaströsen Spar- und Streichprogramm, das jedes Wachstum abwürgt und die Krise nur verschärft. Hätten die Griechen Kredite zu genauso niedrigen Zinsen wie Deutschland bekommen, dazu Zeit, auch die Wirtschaft in Gang zu bringen, könnten sie zu Wachstum zurückkehren. Das ist der einzige Weg, um seine Schulden zu bedienen und zurückzuzahlen. Und außerdem hat die Kanzlerin die Krise mehrmals angeheizt, statt sie zu entschärfen.

Welt Online: Womit denn?

Collignon: Indem sie etwa zu Beginn der Krise im März 2010 im Bundestag forderte, es müsse möglich sein, Länder aus dem Euro auszuschließen, oder kürzlich mit der Stammtischforderung, die Griechen sollten weniger Urlaub machen. So etwas vermittelt den Akteuren an den Finanzmärkten nicht den Eindruck, als sei da jemand entschlossen, den Euro zu verteidigen, komme, was wolle.

Deutschland hat eine besondere Verantwortung in Europa. Weil Merkel – zugegeben auch andere in Europa - eine zunehmend chauvinistische Politik verfolgt; weil ihr Landtagswahlen wichtiger waren als die eigene Währung, hat sich die Krise in Griechenland und um den Euro insgesamt so zugespitzt, wie wir es jetzt erleben.

Welt Online: Was hätten Sie denn erwartet?

Collignon: Dass die Kanzlerin darauf hinweist, wie sehr wir als Deutsche vom Euro und vom einheitlichen europäischen Markt profitieren. Ein Bundeskanzler Kohl oder Schmidt hätte zu Beginn der Krise erklärt, es ist im nationalen Interesse Deutschlands, Griechenland zu stützen, und damit wäre die Sache aus der Welt gewesen. Europa ist heute in einer Situation wie 1913. Keiner wollte den 1. Weltkrieg, aber alle sind hineingeschlittert, aus Inkompetenz und mangelnder Weitsicht.

Vergessen ist, dass das dem Euro vorausgehende System der flexiblen Wechselkurse in Europa instabil und teuer war. Unser Exporterfolg basiert zum erheblichen Teil auf der europäischen Integration, zu der auch Griechenland gehört. Wir verkaufen an Europäer, deutsche Unternehmen haben produktive Töchter in anderen EU-Ländern und profitieren durch den Euro stark im weltweiten Wettbewerb.

Zwei Drittel des deutschen Exportüberschusses werden im europäischen Markt erwirtschaftet. Deutschland hat in zehn Jahren Euro seinen Marktvolumen allein in Europa um 45 Milliarden Euro ausgebaut. Das ist nur ein kleiner Teil der Wohlfahrtseffekte durch den gemeinsamen Wirtschaftsraum und den Euro. Wenn der Euro scheitert, zerbricht die Europäische Union.

Welt Online: Glauben Sie, dass die Griechen noch eine Umschuldung oder gar Bankrott vermeiden können?

Collignon: Viele Ökonomen machen es sich zu einfach, wenn sie sagen: Klar, die Staatspleite kommt auf jeden Fall. Ich glaube nicht, dass Griechenland ein unvermeidlicher Abschreibungsfall sein muss. Es gibt ja schließlich gelungene Beispiele für die Sanierung von Staatsfinanzen.

Wenn Griechenland deutsche Zinsen bekäme, seine Wachstumsrate auf ein Prozent anstiege und die Inflation bei zwei Prozent läge, wäre der Schuldendienst geregelt. Dann müsste Griechenland noch einen Primärüberschuss erzielen, wie das frühere Premierminister wie Kostas Simitis taten, und die Schuldenquote würde rasch fallen.

Welt Online: Mit diesem Optimismus stehen Sie ziemlich allein. Wirtschaftshistoriker wie Ken Rogoff sagen: Ein Schuldenstand wie der in Griechenland ist nicht zu bewältigen, das Land braucht einen massiven Schuldenschnitt.

Collignon: Komisch, dass konservative Ökonomen als erste nach Enteignung schreien. Ich bin gegen einen Schuldenschnitt. Der bedeutet in Klartext Enteignung der Sparer, auch deutscher Sparer, die über Banken in griechische Staatsanleihen investiert haben. Die treffendsten Analysen und Vorschläge kommen aus der Europäischen Zentralbank.

Die EZB hat widerwillig das Versagen der Politiker kompensiert, als sie anfing, Staatsanleihen aufzukaufen und als Pfand der Banken zu akzeptieren. Sie hätte dies nicht tun müssen, wenn die Politik mehr Mut gezeigt hätte. Das ist eine Politik des Durchwurstelns – aber von allen gangbaren Wegen der beste.

Welt Online: Ob bei Griechenlands Assoziierung zur EWG, der Aufnahme in die EG oder in die Eurozone: Immer warnten Wirtschaftsfachleute, das Land sei nicht reif; immer beschlossen Politiker, Griechenland trotzdem aufzunehmen. Athens versprochene Modernisierung folgte ebenso wenig wie fiskalische Solidität. Ist ein Ende mit Schrecken – eine griechische Pleite oder Austritt aus dem Euro – nicht besser als ein Schrecken ohne Ende?

Collignon: Alle diese Entscheidungen haben die Regierungen Europas getroffen, allen voran auch die Bundesregierung. Deutschland kann heute nicht so tun, als habe es mit den Folgen seiner Entscheidungen nichts mehr zu tun. Ein Austritt aus dem Euro ist keine gute Idee. Ob Italiener, Franzosen oder andere – alle haben sich früher mit Abwertungen ihrer Währungen nur kurzfristig Luft verschafft, aber nicht die grundsätzlichen Probleme gelöst, ihre Länder moderner und wettbewerbsfähiger zu machen.

Griechenland steht für zwei Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung. Es wäre für alle Beteiligten billiger gewesen, die gesamten griechischen Schulden einfach zu garantieren, als den Scherbenhaufen anzurichten, den wir jetzt vor uns haben. Ein Schuldenschnitt oder gar Staatsbankrott Griechenlands wäre eine Katastrophe. Dann fallen als nächstes Portugal, Irland, Spanien mit noch ganz anderen Folgen für das Bankensystem. Die müssen dann auch wieder gerettet werden, was den Steuerzahler noch viel mehr kostet.

Welt Online: Wir hängen Ihrer Meinung nach also auf Gedeih und Verderb am Euro?

Collignon: Ja. Ein gemeinsamer Wirtschaftsraum, der uns weltweit konkurrenzfähig macht, funktioniert auf Dauer nicht ohne gemeinsame Währung. Ich halte nichts davon, beim ersten Moment, wo es schwierig wird, den Rückzug anzutreten und sofort zu sagen: Das war wohl doch nichts.

Wir sollten jetzt, wie etwa von Luxemburgs Premier Juncker vorgeschlagen, gemeinsame Euro-Anleihen auflegen. Euro-Anleihen würden klarmachen, dass alle für alle haften, dass wir entschlossen sind, diesen Wirtschaftsraum samt seiner Währung zu verteidigen. Alle Euroländer würden von niedrigeren Zinsen profitieren und Zeit für die Sanierung der Staatsfinanzen und struktureller Probleme gewinnen.

Welt Online: Seit der Einführung des Euro haben aber die meisten Euro-Länder – auch Deutschland – Verpflichtungen zu solidem Wirtschaften oft gebrochen, ohne je Folgen zu spüren.

Collignon: Natürlich brauchen wir bessere Instrumente – bis hin zu einer europäischen Wirtschaftsregierung. Eine Alternative wäre eine Schuldengrenze per europäischem Gesetz: Das wird von der Kommission vorgeschlagen und vom Parlament und den Regierungen gebilligt. In der Höhe dieser Schuldengrenze werden an alle Euroländer auf Grundlage ihrer Wirtschaftsleistung Zertifikate ausgegeben.

Öffentliche Kredite und Anleihen können nur noch aufgenommen werden, wenn das Zertifikat vorliegt. Solche Entscheidungscentralisierung ist natürlich nur möglich, wenn sie stärker demokratisch legitimiert und kontrolliert wird, damit die Bürger nicht mehr das Gefühl haben, es werde über ihre Köpfe hinweg bestimmt. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Europa.

Welt Online: Das ist doch bei der sich ausbreitenden Skepsis gegenüber Europa politisch gesehen völlig unrealistisch

Collignon: Nein, es ist harter Realismus. Die Utopie ist zu glauben, man könne einen gemeinsamen Markt und eine gemeinsame Währung auf Dauer ohne gemeinsame Regierung haben. Gerade Deutschland hat bisher immer betont, dass die gemeinsame Währung eine politische Union erfordere. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, sie zu verwirklichen.